

Zurfluh-Schürch Josef
Landrat
Dörfli 20
6473 Silenen

Kleine Anfrage

„Umgang mit Personen in Konfliktsituationen,“

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Wir sind immer noch stark betroffen und fassungslos ob dem schrecklichen Ereignis im Kantonsratssaal von Zug und gerade deswegen können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wie alle übrigen Kantone, so muss man sich auch in Uri Gedanken darüber machen, wie es in Zukunft weiter geht, wie wir gemeinsam miteinander umgehen und Konflikte bewältigen. Unbestrittenermassen gibt es auch im Kanton Uri „Personen mit einem Gewaltpotential,“. Behörden in der Exekutive, Legislative und Judikative sowie Angestellte der öffentlichen Verwaltung beim Kanton und bei den Gemeinden sind tagtäglich mit Personen konfrontiert, welche mit einer Entscheidung nicht zufrieden sind und sich auf irgendeine Weise „Luft,“ verschaffen wollen. Wie fangen wir das auf und wie begegnen wir solchen Personen?

Auf der anderen Seite gibt es auch die unverständenen Bürgerinnen und Bürger. Nach dem Ereignis in Zug wenden sich verzweifelte Personen an Politikerinnen und Politiker, weil sie mit einer Behörde in einem Konflikt stehen. Sie wissen nicht, wohin sie sich wenden können. Sollte es nicht eine Anlaufstelle geben, damit die Personen in Konfliktsituationen aufgefangen werden könnten, und ihre Ohnmacht nicht zur Verzweiflung führt?

Der Regierungsrat und die Polizeiorgane haben bereits erste Massnahmen geprüft, welche im Kanton Uri notwendig sind und entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst. Dass man davon in der Öffentlichkeit nicht sprechen will, habe ich Verständnis. Aber es reicht meines Erachtens nicht, wenn man vor einer Session, oder wenn der Regierungsrat tagt, jeweils eine/n Polizisten/in vor dem Rathaus plaziert, oder wenn man ein Merkblatt für gewisse Verhaltensregeln verteilt. Dem Umgang mit Personen mit Gewaltpotential muss früher begegnet werden. Solche Leute sprechen bei kantonalen Ämtern oder Direktionen vor, sei es beim Arbeitsamt, Sozialdienst, Amt für Umweltschutz, Abteilung Natur- und Landschaftsschutz, im Rathaus, oder bei Sozialämtern, Gemeindeverwaltungen, Baukommissionen usw. vor, bzw. treten dort in Erscheinung. Diese Personen, seien es Behörden in Exekutive, Legislative, Judikative oder Verwaltungen sollten entsprechend geschult und auf Personen mit Gewaltpotential vorbereitet werden.

Gestützt auf Artikel 85 der Geschäftsordnung für den Landrat des Kantons Uri unterbreite ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass nebst sicherheitstechnischen Anordnungen auch andere Massnahmen ergriffen werden müssen, um den Umgang mit Personen in Konfliktsituationen zu verbessern?
2. Ist der Regierungsrat bereit, eine Anlaufstelle (z.B. ein Pool von Fachpersonen, Polizeikommando) zu bezeichnen, wohin sich bedrohte Personen hinwenden und Rat suchen können?
3. Ist der Regierungsrat bereit, im Kanton Uri selbst oder mit Nachbarkantonen zusammen die Schaffung einer Ombudsstelle zu prüfen, wohin sich „nicht verstandene Bürgerinnen und Bürger,“ hinwenden können?

4. Ist der Regierungsrat bereit, für Behörden der Exekutive, Legislative und Judikative sowie Verwaltungsstellen auf kantonaler und kommunaler Ebene entsprechende „Aus- und Weiterbildungskurse,, anzubieten.

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Landammann, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Herren Regierungsräte, im Voraus bestens für die Beantwortung meiner Fragen.

Silenen, 03. November 2001

Josef Zurfluh-Schürch